ENERGIE

Duell der Boykotteure

Öl wird wieder zur Waffe: Iran droht, die Straße von Hormus zu blockieren. Doch die Industrieländer gehen zum Gegenangriff über. Sie wollen Iran seinen kostbaren Rohstoff nicht mehr abnehmen. Wem hilft die Eskalation?

Supertanker brennen erstaunlich schlecht. Das Rohöl, das sie transportieren, ist zwar hochentzündlich. Doch für ein explosives Gemisch fehlt Sauerstoff.

14 solcher Riesentanker fahren im Schnitt täglich durch die Straße von Hormus, die Meerenge zwischen Iran und Oman. Ließe der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad tatsächlich einen solchen Tanker mit Raketen beschießen, bedürfte es schon einiger Zerstörungskraft, um ein Hollywood-reifes Inferno auszulösen.

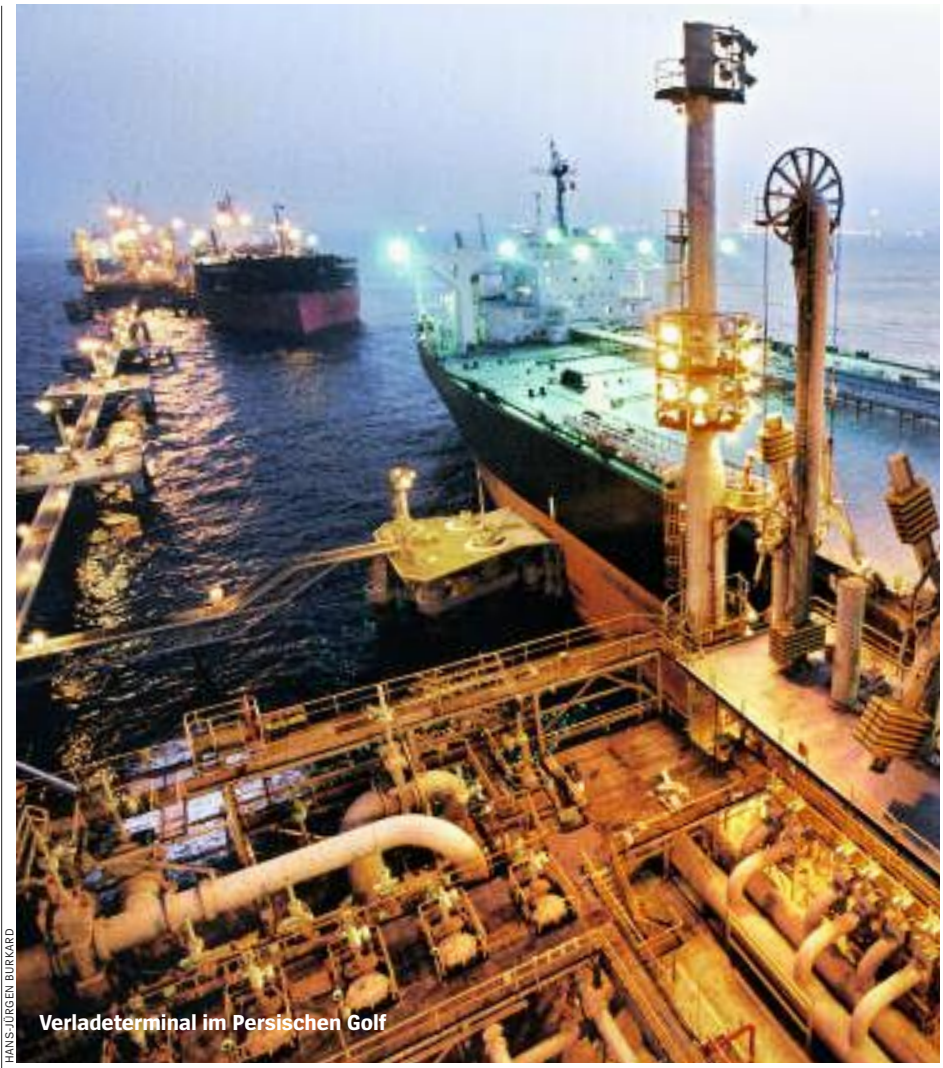
Um die globalen Ölmärkte in Flammen zu setzen, reichen die verbalen Attacken aus Teheran indes völlig aus.

Die Notierungen sind vorige Woche wieder deutlich über die 100-Dollar-Marke pro Fass gestiegen, allen düsteren Konjunkturprognosen zum Trotz. Die Kraftstoffpreise in Deutschland haben schon 2011 ein Allzeithoch erreicht. Und nun kündigt der Streit um die Hoheit am Persischen Golf, ausgelöst durch Irans Atompolitik, eine weitere Eskalation an.

Zehn Tage lang, von Heiligabend bis nach Neujahr, hielt Irans Marine ein Seemanöver dort ab, wo die wichtigste Route des internationalen Ölgeschäfts verläuft. Etwa ein Drittel des weltweit verschifften Rohstoffs gelangt durch dieses Nadelöhr. „Nicht einen Tropfen Öl“ werde Teheran die Straße von Hormus passieren lassen, warnte Vize-Präsident Mohammed Resa Rahimi, falls der Westen weitere Sanktionen gegen iranische Ölexporte verhänge.

Genau dies aber streben die Industrieländer an. An Silvester unterzeichnete US-Präsident Barack Obama ein Gesetz, das jedem, der künftig mit Amerika Geschäfte machen möchte, den Kontakt mit Irans Zentralbank untersagt – und Teheran die Abwicklung von Öl-Deals damit unmöglich machen soll.

Wenn sich Ende des Monats die Außenamtschefs der EU treffen, wollen sie die Sanktionen sogar verschärfen, wurde vorige Woche klar; kein Fass mehr sollen die 27 Mitgliedsländer Iran abnehmen. Die Verhandlungen dafür seien „auf gutem Wege“, versicherte Frankreichs Außenminister Alain Juppé.



HANS-JÜRGEN BURKARD

Verladeterminal im Persischen Golf

Die Ölwaffe ist wieder im Einsatz, diesmal aber macht nicht nur einer der Exporteure davon Gebrauch. Jetzt bringen die Industriestaaten ihrerseits das Instrument gegen Iran in Stellung.

Ein Duell der Boykotteure zeichnet sich ab, ein neuer Energiekonflikt zwischen Lieferant und Kunde, ausgetragen mit den Druckmitteln, die der jeweiligen Seite zur Verfügung stehen. Fragt sich bloß, ob ihre Instrumente – Embargo und Sanktion – auch Wirkung zeigen. Was taugt die Ölwaffe überhaupt?

Steffen Bukold, Autor einer Monografie über das Ölgeschäft, hat eine bemerkenswerte Paradoxie festgestellt. In der öffentlichen Wahrnehmung sei das Embargo die bedeutendste Krisenform geblieben. „Betrachtet man jedoch ihre faktische Auswirkung auf den Ölmarkt“, so der Experte, „ist sie bis heute die unwichtigste.“ Das zeigt die Geschichte.

Erstmals zur Anwendung kam die Ölwaffe im Sommer 1967, kurz nach Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges. Damals berieten die arabischen Außenminister

darüber, wie sie den Westen für Israels Luftangriffe gegen Ziele in Ägypten bestrafen könnten. Die Exzellenzen beschlossen kurzerhand, die USA und Großbritannien nicht mehr mit Öl zu beliefern.

Das Embargo blieb jedoch ohne große Wirkung. Sofort nämlich bot die Sowjetunion an, die Lücke zu füllen. Außerdem spürten die Araber schmerzhaft die Einnahmeverluste. Nach wenigen Tagen hoben sie den Exportstopp auf. Der erste Einsatz der Ölwaffe war gescheitert.

Auch die nächste Operation sieben Jahre später, kurz nach Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973, ging nach hinten los. Damals vereinbarte das Opec-Kartell, den Listenpreis für Öl von 2,90 Dollar pro Fass auf 5,11 Dollar fast zu verdoppeln. Gleichzeitig wollten sie die Produktion so lange um monatlich fünf Prozent kürzen, bis Israel aus den 1967 besetzten Gebieten abziehen würde.

Der Westen reagierte beinahe hysterisch darauf. Verbraucher hamsterten Benzin und Heizöl, die Bundesregierung verhängte sonntägliche Fahrverbote. Kanzler Willy Brandt sprach von einem „Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte“.

Politisch mögen die Ereignisse dramatisch gewesen sein, ökonomisch war die Furcht völlig übertrieben: Der Markt blieb bestens versorgt. Von den 370 Millionen Tonnen Jahresbedarf an Erdöl fehlten Deutschland am Ende nur 12 Millionen. Und die waren leicht aus anderen Quellen zu decken. Es gab also keinen echten Engpass, nur die Angst war real.

Zudem bröckelte auf Seiten der Opec-Länder die Front gegen den Westen. Algerien scherte früh aus, der Irak folgte. Als am 23. Dezember 1973 einige Förderländer eine weitere Preiserhöhung auf 11,65 Dollar durchsetzten, ging mit Saudi-Arabien auch das wichtigste Kartellmitglied auf Distanz. Wieder hatte sich die Ölwaffe als ziemlich stumpf erwiesen.

Uneinigkeit innerhalb der Opec ist bis heute nicht ungewöhnlich. Am großen Konferenztisch im fensterlosen Sitzungssaal des Wiener Hauptquartiers sitzen Vertreter des Irak, Irans und Kuwaits in alphabetischer Reihenfolge nebeneinander – Länder, die vor Jahren noch Kriege gegeneinander führten.

Seit ihrer Gründung 1960 geht ein Riss durch die Opec: zwischen moderaten Ländern wie Saudi-Arabien, die auf immensen Reserven sitzen und langfristig planen, und Hardlinern wie Algerien, Libyen oder Iran, die auf Konfrontationskurs gehen, ohne die Folgen zu bedenken.

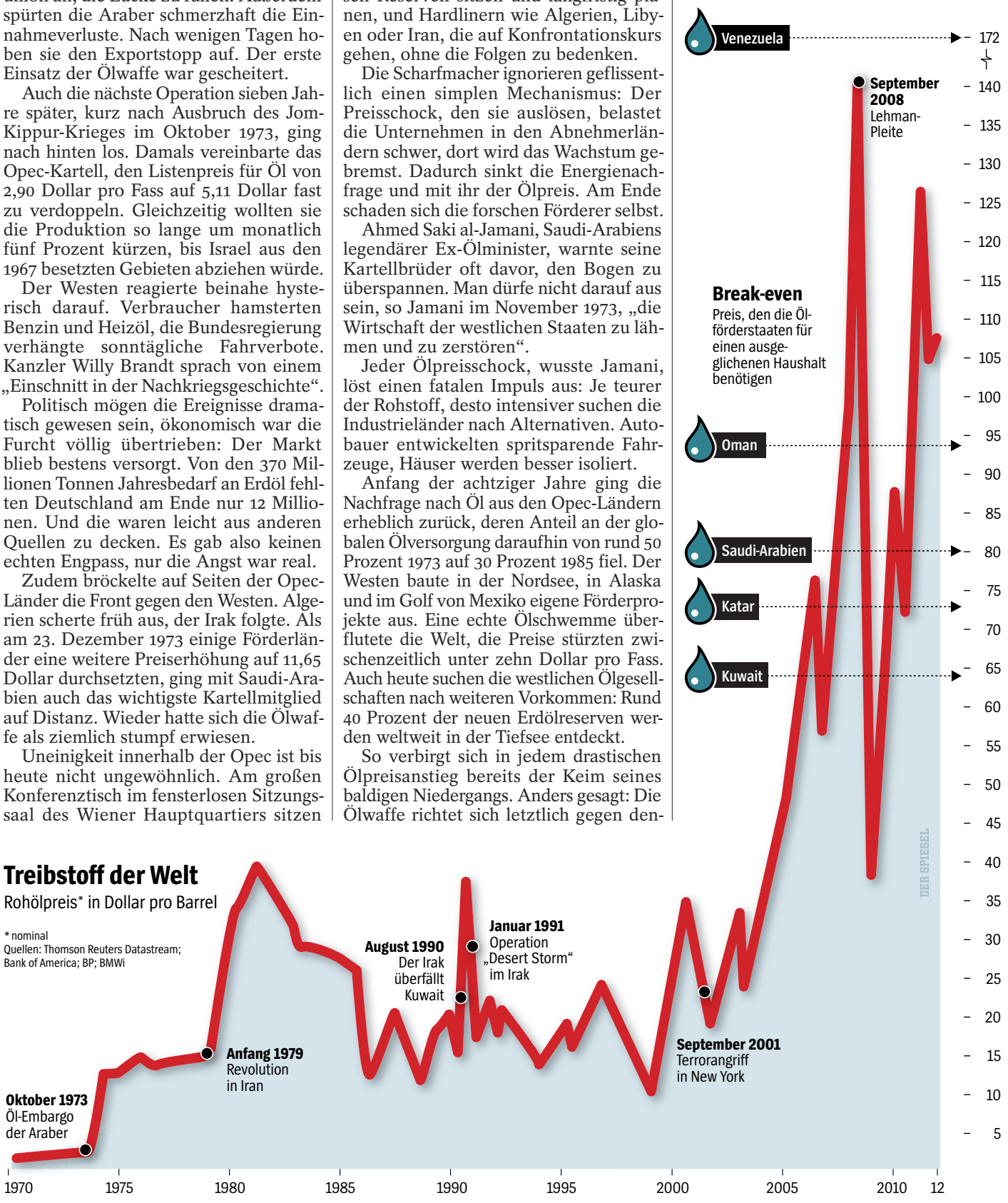
Die Scharfmacher ignorieren geflissentlich einen simplen Mechanismus: Der Preisschock, den sie auslösen, belastet die Unternehmen in den Abnehmerländern schwer, dort wird das Wachstum gebremst. Dadurch sinkt die Energienachfrage und mit ihr der Ölpreis. Am Ende schaden sich die forschen Förderer selbst.

Ahmed Saki al-Jamani, Saudi-Arabiens legendärer Ex-Ölminister, warnte seine Kartellbrüder oft davor, den Bogen zu überspannen. Man dürfe nicht darauf aus sein, so Jamani im November 1973, „die Wirtschaft der westlichen Staaten zu lähmen und zu zerstören“.

Jeder Ölpreisschock, wusste Jamani, löst einen fatalen Impuls aus: Je teurer der Rohstoff, desto intensiver suchen die Industrieländer nach Alternativen. Autobauer entwickelten spritsparende Fahrzeuge, Häuser werden besser isoliert.

Anfang der achtziger Jahre ging die Nachfrage nach Öl aus den Opec-Ländern erheblich zurück, deren Anteil an der globalen Ölversorgung daraufhin von rund 50 Prozent 1973 auf 30 Prozent 1985 fiel. Der Westen baute in der Nordsee, in Alaska und im Golf von Mexiko eigene Förderprojekte aus. Eine echte Ölschwemme überflutete die Welt, die Preise stürzten zwischenzeitlich unter zehn Dollar pro Fass. Auch heute suchen die westlichen Ölgesellschaften nach weiteren Vorkommen: Rund 40 Prozent der neuen Erdölreserven werden weltweit in der Tiefsee entdeckt.

So verbirgt sich in jedem drastischen Ölpreisanstieg bereits der Keim seines baldigen Niedergangs. Anders gesagt: Die Ölwaffe richtet sich letztlich gegen denjenigen, der sie in der Hand hält. Ähnliche Schwächen weist aber auch die Ölwaffe der Verbraucherländer auf: die Sanktionierung einzelner „Schurkenstaaten“, die mittels Abnahmestopp zur Räson gebracht werden sollen. Allein in den vergangenen 20 Jahren hat der Westen



das sechsmal versucht. Bei den jüngsten Fällen Syrien und Iran mag es für ein abschließendes Urteil noch zu früh sein, aber die Beispiele des Irak, Nigerias, des Sudan und Libyens zeigen: So schwer Ölsanktionen durchzusetzen sind, so leicht sind sie zu umgehen.

Sie bewirken andere Konsequenzen als die erwünschten, sie treffen die Beherrschten meist härter als die Herrscher, sie verursachen oft Hunger und Not. Und wenn, wie im Fall Saddam Husseins oder Muammar al-Gaddafis, ein zuvor boykottierter Ölfürst stürzte, war es nicht die Ölwaffe, die sein Ende besiegelte.

Auch sind die Ölkonsumenten keineswegs eine homogene Gruppe, wie die geplanten Sanktionen gegen Iran zeigen: Staaten wie Südkorea oder Japan, die jeweils rund zehn Prozent ihres Rohöls aus Iran erhalten, fällt es schwer, kurzfristig Ersatz zu finden. Südkorea hat Verträge mit Teheran, aus denen es nicht einfach aussteigen kann; Japan braucht nach der Katastrophe von Fukushima beträchtlich mehr Öl zum Betrieb seiner Kraftwerke.

DPA

Tankstelle im November 1973: *Hysterische Reaktionen*

Auch die Türkei, die 30 Prozent ihres Ölbedarfs aus Iran bezieht, will ihr Nachbarland nicht vor den Kopf stoßen: Vorigen Mittwoch reiste Außenminister Ahmet Davutoglu kurzfristig nach Teheran; am selben Tag kündigte ein Beamter des Energieministeriums an, Ankara werde Washington bitten, von der Sanktionsregelung ausgenommen zu werden.

Das riesige Indien, das etwa zwölf Prozent seines Ölbedarfs aus iranischen Importen deckt, unterhält engste Beziehungen zu Teheran. China schließlich kritisierte Washingtons Sanktionspläne als anmaßend. Peking, das seine Abhängigkeit von iranischem Öl zuletzt zwar deutlich gesenkt hat, denkt gar nicht daran, sich an dem Boykott zu beteiligen.

Dass mit Iran erneut ein klassischer Ölstaat des Nahen Ostens im Zentrum des Sanktionskrieges steht, erfüllt Experten indes mit Sorge. „Mehr als 90 Prozent des Wachstums in der globalen Ölförderung wird in den kommenden zehn Jahren im Nahen Osten und Nordafrika erzielt werden“, sagt Fatih Birol, Chefökonom der in Paris ansässigen Internationalen Energieagentur (IEA).

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings, so hoffnungsfroh sie die Menschen stimmten, verschärfen schon heute das Investitionsklima in der Region. Die Staaten pumpen ihr Geld lieber in Wohlfahrtsprogramme statt in den Ausbau ihrer Ölindustrie. Die politischen Eliten denken mehr an sich selbst als an die Erfordernisse des Ölmarktes – und je schlechter die Sicherheitslage ist, desto schwieriger wird es, Ingenieure und internationale Fachleute in die Region zu locken.

Sollte es jetzt zu Engpässen kommen, hätten die Golfstaaten allerdings Kapazitäten zum Ausgleich, sagt Birol. „Vor allem Saudi-Arabien, das ich als die Zentralbank des Ölhandels bezeichnen möchte, hat sich in solchen Situationen stets sehr verantwortungsvoll verhalten.“ Auch verfügten die Mitgliedstaaten der IEA selbst über strategische Reserven, die man im Notfall nutzen könne – sogar über die vertraglich vereinbarten 90 Tage hinaus.

Gleichwohl zweifelt der Ökonom daran, dass die Ölmärkte in nächster Zeit so gut und stabil funktionieren, wie die Konsumenten es sich wünschen. In Zukunft würden sie noch stärker von geopolitischen Interessen beeinflusst als bisher – vor allem im Nahen Osten und zum Nachteil der Europäer: Bereits im Jahr 2015 werde Europa mehr Öl importieren müssen als Amerika. Bislang hat sich Washington für die Stabilität im Nahen Osten zuständig gefühlt. Künftig werde diese Region für die USA weniger Bedeutung haben als für Europa und China, erwartet Birol: „Europa wird sich an der vordersten Front der Mächte finden, die für die Sicherheit des Ölnachschubs verantwortlich sind.“

Fraglich, ob es unter diesen Umständen für die Europäer sinnvoll ist, sich einem Ölboykott anzuschließen. Historisch hat sich die Ölwaffe jedenfalls als untaugliches Instrument erwiesen, sowohl für die Produzenten als auch für die Verbraucher. Beide Seiten sind immer aufeinander angewiesen: Die Erzeuger brauchen das Geld, die Konsumenten den Treibstoff. Die gegenseitige Abhängigkeit ist der Garant dafür, dass die ökonomischen Realitäten am Ende stets einen Ausgleich erzwingen.

Bevor jedoch diese Einsicht reift, müssen die Kontrahenten Opfer bringen: Die Bürger in den Industriestaaten merken es nur beim Tanken, das ein paar Cent mehr kostet. Die Menschen in den Förderländern spüren es auch. Deutlicher. Sie hungern.

Alexander Jung, Bernhard Zand

SCHULDENKRISE

Unmögliche Mission

Griechenlands Rettung wackelt. Das Land verfehlt die Reformziele, die Verhandlungen mit den Banken stocken. Ist ein genereller Schuldenschnitt unvermeidbar?

Zumindest die Kulisse des Schlagabtauschs war glamourös: Die amerikanische Handelskammer hatte Mitte Dezember zur Konferenz ins Athener Hotel InterContinental geladen, auf dem Parkett des Ballsaals stand mit fliederfarbener Krawatte Poul Thomsen. Der Chefgesandte des IWF für Griechenland zog eine bittere Bilanz der Reformanstrengungen: „In den meisten Bereichen liegen die Ergebnisse hinter unseren Erwartungen zurück.“ Hoffnung wurde nicht mal mehr geheuchelt. Als er prognostizierte, dass die Wirtschaft 2012 schrumpfen werde, meldete sich ein empörter Zwischenrufer. „Eure Troika macht uns kaputt!“

Zwei Jahre nach Ausbruch der Krise strebt die griechische Tragödie einem neuen Höhepunkt entgegen. Die Wirtschaftsdaten sind erschütternd, die Reformen kommen nur schleppend voran, jetzt stehen auch die Verhandlungen mit den privaten Gläubigern über einen freiwilligen Forderungsverzicht auf der Kippe.

Eigentlich sollte die griechische Wirtschaft 2011 nur um drei Prozent schrumpfen. Nach aktuellen Berechnungen waren es aber fast sechs. Die Hoffnung, dass die Konjunktur 2012 wieder Tritt fasst, wird sich wohl nicht erfüllen. Es dürfte nochmals abwärtsgehen – im fünften Jahr in Folge. Immer stärker zeichnet sich ab: Ohne einen generellen Schuldenerlass über alle Gläubigergruppen hinweg, von den Privatbanken bis zur EZB, dürfte sich Griechenland kaum befreien können.

Doch die griechische Regierung und die Troika aus EU, IWF und Europäischer Zentralbank sind entschlossen, an ihrer bisherigen Strategie festzuhalten. Nächste Woche wird IWF-Mann Thomsen wieder nach Athen reisen. Und er baut schon einmal Druck auf. Angesichts der miesen Konjunkturaussichten fordert die Troika, die Eckwerte des im Oktober beschlossenen Sanierungsprogramms anzupassen.

Konkret sieht sie drei Möglichkeiten, so geht es aus einem internen Vermerk hervor: Entweder müssten die Griechen mehr sparen, die privaten Gläubiger auf einen größeren Teil ihrer Forderungen verzichten oder die staatlichen Kreditgeber zusätzliches Geld bereitstellen.